

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1933

114 (17.5.1933)

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Verlag: Buch- und Steinruderei A. Barth-Ettlingen
Kronenstr. 20, Fernruf 78, Postfachkonto 1181 Karlsruhe
Verantwortlich für den politischen Teil: Erich Pabel-Rahat
für den lokalen und Inseraten-Teil: A. Barth-Ettlingen
Druck: A. & S. Greiser GmbH, Rahat, Kaiserstr. 40/42
Anzeigenannahmeschluss: 9 Uhr, dringende Anzeigen 10 Uhr

Bezugspreis durch die Post monatlich 1.60 RM; zusätzl. Postgebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat: 1.80 RM
Einzelnnummer 10 Pf. Am Falle höherer Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder Nichterhalten der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. des Monats auf den Monatsheften angenommen werden

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 5 Reichspfennig
Sammengelegte 10 Reichspfennig
Reklameanzeigen 25 Reichspfennig
Beilagen: Das Tausend 12 Reichsmark. Bei Wiederholungs-Rabatt, der bei Nichterhalten des Zieles bei gerichtlicher Vertretung und Konturkosten wegfällt. Für Platzvorschrift und Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden

Nummer 114

Mittwoch, den 17. Mai 1933

Jahrgang 70

Hitler als Sprecher des deutschen Volkes

Vorbereitung die für Reichstagsitzung — Die Worte des Kanzlers werden ein Appell an das Weltgewissen sein

Berlin, 17. Mai. (Fernruf unserer Berliner Redaktion.)
In der Krolloper ist man seit gestern eifrig am Werk, die Bühne, auf der sich die Plätze für das Reichstagspräsidium, die Mitglieder der Reichsregierung und die Vertreter der Länder befinden, mit Grün und Blumen zu schmücken. Die Fahnen der nationalen Erhebung leuchten in ihren hellen Farben von der Tribüne herab. Die für die Reichstagsitzung zur Verfügung stehenden Karten sind längst vergriffen, obwohl noch immer telegraphisch aus allen Teilen des Reiches Bestellungen eintreffen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit steht nicht nur ganz Deutschland, sondern die ganze übrige Welt der Rede des Reichskanzlers entgegen, in welcher er den Standpunkt Deutschlands in der Abrüstungsfrage und die sich daraus ergebenden deutschen Forderungen darlegen wird. So wenig die Kombinationen der ausländischen Presse zutreffen, die so tut, als wüsste sie schon im voraus alle Einzelheiten der Kanzlerrede, so steht doch fest:

Das Hitler nicht nur im Namen der Regierung, sondern im Namen des ganzen deutschen Volkes sprechen wird. Der Kanzler wird nicht eine Rechtfertigungs- oder Verteidigungsrede halten, sondern er wird die ernste Mahnung an die Anderen richten, endlich ihren Verpflichtungen nachzukommen und Deutschland das zu geben, was es auf Grund der Verträge verlangen kann.

Noch vor dieser außerordentlich wichtigen Rede Hitlers hat der amerikanische Präsident Roosevelt eine Botschaft an die Weltmächte gerichtet, in der er zu einem militärischen und wirtschaftlichen Frieden aufruft. In politischen Kreisen werden man keineswegs die außerordentliche Bedeutung des Einwirkens Roosevelts, ist doch die Wiederbeteiligung Amerikas an der europäischen Politik ein Ereignis von historischer Tragweite. Wenn Roosevelt alle Nationen auffordert, den Abrüstungsplan Macdonalds zu unterstützen, so kann deutscherseits hierzu sofort die Zustimmung gegeben werden.

Deutschland hat von vornherein den Macdonaldplan als eine geeignete Grundlage für ein Abrüstungsabkommen anerkannt.

es mußte sich nur verwahren, daß dieser Plan inzwischen so verfaßelt worden ist, daß er sich geradezu als ein neues Verklammerungsmittel Deutschlands auszuweisen hat. Deutschland ist jederzeit bereit, den ursprünglichen Macdonaldplan anzunehmen, und damit ehrlich an der Befriedung der Welt mitzuarbeiten. Die Beendigung der Krise in Genf hängt

nicht von Deutschlands gutem Willen ab, denn diesen guten Willen hat Deutschland 14 lange Jahre bewiesen.

Vierzehn lange Jahre hat sich Deutschland immer wieder verträglich lassen und hat immer wieder geglaubt, endlich Gerechtigkeit zu finden. Ein Volk von 60 Millionen kann auf die Dauer den Zustand der Sklaverei nicht ertragen. Das muß die Welt erkennen und das wird ihr die Rede des Kanzlers erneut klar vor Augen führen.

Wenn Roosevelt seine Botschaft ehrlich meint und die anderen Staaten, besonders Frankreich und Polen, wirklich den Frieden wollen, wie sie es so gern und stets in die Welt hineinposaunen, dann kann Genf zu einem Markstein des Weltfriedens werden. Wenn Roosevelt ein ehrliches Spiel treibt, dann wird er die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung unterstützen müssen.

Der Reichskanzler erstattete gestern dem Reichspräsidenten Bericht über die politische Lage. Ferner empfing der Reichspräsident den Botschafter Rodolov zur Berichterstattung über die Genfer Verhandlungen.

In der Londoner Presse kommt allgemein die große Spannung zum Ausdruck, mit der England und die Welt die Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag erwarten. Dabei fehlt es nicht an Beeinflussungsversuchen mannigfaltigster Art. Der „Daily Telegraph“ erinnert Hitler daran, daß die ganze Welt ihre Politik gegenüber Deutschland von der Art und Sprache seiner Erklärungen abhängig machen werde. Die „Times“ bringt einen Leitartikel, der durchaus auf den Ton abgestimmt ist, daß Deutschland „kriegslüthner“ sei. Der Geist der Rede, die Vizekanzler von Papen in Münster gehalten habe, sei kriegerisch. Die gesamte Tendenz der Hitlerbewegung laufe auf den Krieg hinaus, wobei die „Times“ allerdings einräumt, daß die Deutschen furchtbar gelitten hätten und die anderen Völker es verstehen könnten, wenn eine schwergeprüfte Nation die Charaktereigenschaften zeige, die sie beherrichten. Man müsse hoffen, daß die Führer Deutschlands der Feindseligkeiten gewahr würden, die in anderen Ländern, nicht nur gegen die Wiederherforderung des Militarismus, sondern auch gegen die Methoden und Lehren des Hitlerismus beständen. Berühmend sind die Auserwählten der „Morning Post“. Wir glauben Hitler, daß er den Frieden will und wir hoffen, daß er seine Verebamkeit und seinen Einfluß benutzen wird, um die Welt zu beruhigen und seine Erfolge zu festigen.

Die Erklärungen des Reichskanzlers Adolf Hitler

über Deutschlands Stellungnahme zur Abrüstungskonferenz werden heute Mittwoch, von 15-16 Uhr über alle deutschen Sender, also auch durch den Süßfunk übertragen. Eine Wiederholung der Rede erfolgt durch Schallplattenwiedergabe ebenfalls über alle deutschen Sender auch heute abend von 20-21 Uhr.

nahmen und will ihren Einfluß dahin ausüben, weitere abschnittsweise Abrüstungsschritte zu erreichen.

Es gibt, am klarsten ausgedrückt, drei Schritte, auf die man sich in den gegenwärtigen Besprechungen einigen wird: 1. Den ersten endgültigen Schritt auf dieses Ziel, wie er in dem Macdonald-Plan ausgeführt ist, sofort zu tun.

2. Sich über den Zeitpunkt und das weitere Vorgehen zur Ergreifung des folgenden Schrittes zu einigen.

3. Sich zu einigen, daß während der Zeit des ersten und der folgenden Schritte keine Nation ihre Rüstungen über die Vertragsverpflichtungen hinaus erhöhen soll.

Aber der Friede der Welt muß während der ganzen Abrüstungsperiode gesichert sein. Ich schlage daher einen vierten Schritt vor, und zwar gleichlaufend mit und völlig abhängig von der Erfüllung dieser drei Vorschläge und vorbehaltlich der bestehenden Vertragsrechte:

Alle Staaten der Welt sollen einen feierlichen und endgültigen Nichtangriffspakt abschließen. Sie sollen feierlich die Verpflichtungen wieder bestätigen, die sie zur Begrenzung und Herabsetzung ihrer Rüstungen übernommen haben und — vorausgesetzt, daß diese Verpflichtungen getreulich von allen Unterzeichnerstaaten erfüllt werden — einzeln die Erklärung abgeben, keine bewaffnete Macht irgend welcher Art über ihre Grenze zu schicken.

Der gesunde Menschenverstand zeigt, daß der Fortschritt gebremst und endgültig aufgehalten werden kann, wenn irgendeine starke Nation es ablehnt, sich mit echter Aufrichtigkeit diesen gemeinsamen Bemühungen für politischen und volkswirtschaftlichen Frieden — den einen in Genf und den anderen in London — anzuschließen. In einem solchen Falle wird die zivilisierte Welt, die beide Friedensformen anstrebt, wissen, wo die Verantwortung für einen Fehlschlag liegt. Ich bitte dringend, daß kein Staat eine solche Verantwortung auf sich lädt und daß alle bei diesen großen Konferenzen beteiligten Staaten ihre politischen Ziele, zu denen sie sich bekannt haben, in Handlungen umsetzen. Das ist der einzige Weg zum politischen und wirtschaftlichen Frieden. Ich hoffe, daß Ihre Regierung sich der Erfüllung dieser Hoffnungen anschließen wird.

Präsident Roosevelt sandte dem Kongress eine Abschrift seines Beltaufrufs mit einem Begleitschreiben, in dem er betont, daß sein Schritt notwendig geworden sei, da kurzfristige Interessen einer geringeren Minderheit von Nationen den wirtschaftlichen und militärischen Weltfrieden gefährdeten. Es sei höchste Zeit für die Vereinigten Staaten und jede andere Nation, die einfache Tatsache zu verstehen, daß die Furcht eines Landes vor der Zerstörung seiner nationalen Souveränität nur durch die völlige Abschaffung solcher Waffen beseitigt werden könne, die solches Vorgehen ermöglichen, d. h. nur durch die Abschaffung der Angriffswaffen. Bleibende Verteidigungsanlagen, wie Befestigungen und Anlagen zur Küstenabwehr, erforderten auch geringere Ausgaben als schwere Angriffswaffen, die laufend verbessert werden müßten. Gerade die letztere Tatsache sei mehr als irgendeine andere für die heutigen Länder und die drohenden Panzerrotte in den einzelnen Ländern verantwortlich. Es gebe nur einen Weg zur Abrüstung, nämlich die Abrüstung selbst. Es gebe auch nur ein Mittel, Invasionen zu verhindern, indem man sie unmöglich mache. Ein Volk habe Angriffswaffen nur nötig, wenn andere Völker Angriffswaffen besäßen. Es würde sie gerne aufgeben, wenn die anderen sie abschafften.

In Genfer Konferenzkreisen hat die Botschaft Roosevelts stärkste Beachtung gefunden. Man betrachtet die Botschaft zumind. als einen Rettungsanker für die Abrüstungskonferenz. Man spricht auch davon, daß der amerikanische Sonderbeauftragte Norman Davis gegenüber dem französischen Außenminister den englischen Abrüstungsplan verteidigt und darauf hinweisen habe, daß Frankreich aus daran tun würde die nationale Revolution in Deutschland nicht als Vorwand dazu zu benutzen der Erklärung der Mächte vom 11. Dezember über die grundsätzliche Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung den Rücken zu kehren.

Borah nennt die Friedensverträge

Washington, 17. Mai. Senator Borah erklärte zum Aufruf des amerikanischen Präsidenten, die tatsächliche Ursache für die übermäßigen Rüstungen sei in den sogenannten Friedensverträgen zu suchen. Die aus diesen Verträgen sich ergebenden verworrenen Fragen erzielten Europa in dauernder Unruhe und die betroffenen Völker in dauernder Furcht. Daß Roosevelt den Aufruf auch an die Sowjet-Regierung gerichtet habe, sei zu begrüßen, da die großen Weltfragen nicht ohne Rußland gelöst werden könnten.

Die Botschaft Roosevelts

Aufruf Roosevelts zu militärischem und wirtschaftlichem Frieden

Washington, 17. Mai. Die Botschaft des Präsidenten Roosevelt an die Oberhäupter der an der Abrüstungs- und Weltwirtschaftskonferenz beteiligten Staaten hat folgenden Wortlaut:

Weißes Haus, Washington, den 16. Mai 1933.

Eine tiefe Hoffnung des Volkes meines Landes drängt mich als das Haupt seiner Regierung, mich an Sie zu wenden und durch Sie an das Volk Ihrer Nationen. Diese Hoffnung besteht darin, daß der Frieden durch praktische Abrüstungsmaßnahmen gesichert werden möge und daß wir alle unseren gemeinsamen Kampf gegen das wirtschaftliche Chaos zum Siege verhelfen mögen.

Zu diesem Zweck haben die Nationen zwei große Weltkonferenzen einberufen. Das Glück, die Wohlfahrt und selbst das Leben der Männer, Frauen und Kinder, die die ganze Welt bewohnen, ist eng mit den Entscheidungen verknüpft, die Ihre Regierungen in der nahen Zukunft fällen werden. Die Verbesserung der sozialen Verhältnisse, die öffentliche Erhaltung der individuellen menschlichen Rechte und die Förderung der sozialen Gerechtigkeit hängen von diesen Entscheidungen ab.

Die Weltwirtschaftskonferenz wird bald zusammentreten und schnell zu ihren Entschlüssen kommen. Die Welt kann nicht mehr auf Beratungen warten, die schon lange hinausgezögert sind. Die Konferenz muß durch Stabilisierung der Währungen, durch Befreiung der Flut des Welt Handels und durch internationale Maßnahmen zur Erhöhung des Preisstandes Ordnung anstelle des gegenwärtigen Chaos schaffen. Sie muß kurz gefaßte heimische Programme zur wirtschaftlichen Erholung durch weises und wohlwogenes internationalis Vorgehen ergänzen.

Die Abrüstungskonferenz hat sich über ein Jahr hingezogen und konnte bis jetzt keine befriedigende Beschlüsse erreichen. Verschiedenartige Ziele fielen immer noch gefährlich auseinander. Unsere Pflicht liegt in der Richtung, greifbare Erfolge durch gemeinsames Vorgehen zustande zu bringen. Von dem gebieterischen Ruf dieser großen Pflicht müssen kleinliche Hindernisse weggewegt und kleinliche Absichten vergessen werden. Ein selbstsüchtiger Sieg muß eben-

falls zu einer ausschließlichen Niederlage führen. Die Förderung des dauerhaften Friedens für unsere Generation in jedem Teil der Welt ist das einzige Ziel, das unserer besten Bemühungen wert ist.

Wenn wir fragen, welches die Ursachen für die Rüstungen sind, die trotz der Lehren und Tragödien des Weltkrieges eine größere Last für die Völker der Erde sind als jemals zuvor, dann wird es klar, daß diese zweierlei Natur sind:

1. Der offene oder verhohlene Wunsch von Regierungen, ihre Gebiete auf Kosten eines Nachbarstaates zu vergrößern.

Ich glaube, daß nur eine kleine Minderheit von Regierungen oder von Völkern einen solchen Zweck verfolgt. 2. Die Angst einiger Staaten vor einem Einmarsch. Ich glaube, daß die überragende Mehrheit der Völker sich zur Beibehaltung übermäßiger Rüstungen verpflichtet fühlt, weil sie einen Akt des Angriffs gegen sich fürchtet, und nicht, weil sie selbst Angreifer sein will.

Eine Berechtigung für diese Angst ist vorhanden. Moderne Angriffswaffen sind ungeheuer viel stärker als moderne Verteidigungswaffen.

Wenn alle Nationen sich dahin verständigen sollten, die Waffen, die einen erfolgreichen Angriff ermöglichen, aus ihrem Besitz und ihrem Gebrauche fortzulassen, dann werden die Grenzen und die Unabhängigkeit einer jeden Nation wieder sicher werden.

Das Endziel der Abrüstungskonferenz muß die vollständige Ausschaltung aller Angriffswaffen sein. Das unmittelbare Ziel ist eine erhebliche Herabsetzung einiger dieser Waffen und die Abschaffung von vielen anderen.

Die amerikanische Regierung glaubt, daß das Programm für die sofortige Herabsetzung der Angriffswaffen, das jetzt in Genf erörtert wird, nur ein erster Schritt auf dem Wege zu unserem Endziel ist. Wir glauben nicht, daß die vorgeschlagenen Schritte weit genug gehen. Trotzdem begrüßt die amerikanische Regierung die jetzt vorgeschlagenen Maß-

Der Standpunkt Deutschlands

Von unserem Berliner Vertreter.

Der Reichstag tritt heute hauptsächlich zusammen, weil der Reichskanzler dieses wichtige Forum braucht, um eine wichtige außenpolitische Rede zu halten, eine Rede, die die deutsche Außenpolitik umschreiben soll und aus den Schwierigkeiten in Genf notwendig wurde. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß der Reichstag in seiner Gesamtheit der Kanzlerrede Zustimmung zollen wird, damit das Ausland endlich erkennt, daß ein einiges Deutschland eine kraftvolle, dennoch aber sachliche und vor allem friedliche Außenpolitik, nicht aber die Ueberbepflanzung und Herausforderung liebt.

Wir sind, unterrichtet von besserer Seite, heute schon in der Lage, den Inhalt der Kanzlerrede zu umschreiben. Sie wird in großen Zügen die Außenpolitik der deutschen Regierung schildern, sich dann aber auf das Abrüstungsproblem konzentrieren, nicht aber in Einzelheiten der Abrüstungsverhandlungen eingehen, sondern die augenblickliche gesamte Konstellation beleuchten, wie sie sich der deutschen Auffassung darstellt. Der Kanzler wird verlangen, daß im Hinblick auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz eine klare politische Situation geschaffen werde. Die Unsicherheit, die Genf austrahlt, muß nach seiner Auffassung schleunigst behoben werden, wenn sie die bevorstehenden weltwirtschaftlichen Verhandlungen nicht belasten und erschweren soll.

Wenn man die Methoden von Genf beachtet, dann freilich wird man die Forderung Deutschlands verstehen. Deutschland hat in Genf eine klare Linie gehabt, zwei grundsätzliche Forderungen: Abrüstung der anderen, der gerüsteten Länder und Deutschlands Gleichberechtigung und Sicherheit. Das ist die Basis, von der unsere Verhandlungen geführt wurden, offen und ehrlich, das ist der Grundzug der deutschen Politik, der man jetzt die Schuld an dem Scheitern der Genfer Verhandlungen zuschieben möchte. Deutschland hat den Macdonaldplan nicht in allen Punkten freudig begrüßen können, aber es hat ihn als Verhandlungsbasis gesehen und es hat geglaubt, diesen Plan mit einigen Einschränkungen annehmen zu können. Aber was ist aus dem Macdonaldplan geworden. Er ist verfälscht, er ist umgebogen, er ist nicht wiederzuerkennen. Dabei ist sichtbar, daß diese Fälschung bewußt und mit dem Ziel geübt wurde, Deutschland seine Konzessionen machen zu brauchen, die deutschen Forderungen zu übergeben und Deutschland als den Störenfried hinaustellen. Obwohl jeder weiß, daß z. B. Frankreich gar nicht daran denkt, abzurufen, daß es das Genfer Spiel nur immer mitmacht, um eine Gelegenheit zu finden, sich geschickt aus der Affäre zu ziehen, dabei auf Deutschland weisend. Dort sitzt der Schuldige!

Man hat sich nicht getraut, die falsche Berechnung über die deutschen politischen Verbände aufzuklären. Diese Verbände als wehrfähige Organisationen dem deutschen stehenden Heere zuzurechnen. Aber, und niemand kann es bezweifeln, auch Frankreich, gerade Frankreich weiß, was es mit diesen politischen Verbänden auf sich hat (und weil es das weiß, ist ja die unerhörte Sophistik so schamhaft). Niemand aus den Wehrverbänden hat eine wirklich militärische Ausbildung erhalten, keiner kann sofort als vollwertiger Soldat zu den Waffen berufen werden. Und wenn das schon möglich wäre, wo hat Deutschland denn die Waffen zur Ausrüstung? Frankreich hat keine ungeheuren Depots, die jeden Arbeiter sofort kriegsbewaffnen können. Frankreich läßt sich bedroht von den deutschen Verbänden, also wohl von den Heugabeln, die die Mitglieder schulkern müßten, um gegen schwerste Kanonen und Maschinengewehre, gegen Luftwaffen, gegen Tanks und sonstige modernen Kriegsmittel anzulassen. Frankreich denkt weder an Abrüstung, das heißt an eine Beschränkung der Truppe, des stehenden Heeres, noch an eine Materialbeschränkung. Das stellen wir nicht allein fest, sondern diese Ansicht wird auch von den Vereinigten Staaten vertreten, die gerade Frankreich gegenüber immer wieder auf die Materialbeschränkung gedrungen haben.

Deutschland wollte und will den Heeren nur die Defensivwaffe belassen. Es hat diese Forderung immer wieder in die Debatte geworfen, aber in Genf hat man es verstanden, niemals auf diese Forderung einzugehen. Sie ist niemals erörtert worden. Auf das alles wird der Kanzler wohl hinweisen, auf all diese Fragen, die uns bewegen, aber wohl auch auf die Reden des englischen Kriegsministers und des französischen Außenministers, die in der letzten Konsequenz die Forderung stellen: Die starken Mächte sollten stark, die schwachen schwach bleiben. Und der Unterton leuchtet aus dem Sinn. Wenn Deutschland sich nicht füge, so müsse man

ihm ein Ultimatum vorlegen. Aber die Zeit ist vorbei, da Deutschland ein Ultimatum einfach annehmen würde. Deutschland ist in der glücklichen Lage, seinen ehrlichen Standpunkt, der keine Hintertüren hat, zu vertreten, vor der ganzen Welt zu rechtfertigen, es darf auch behaupten, daß die sogenannten Enthüllungen Paul-Boncour eine geschickte Täuschung sind. Was dieser so lange in der Tasche verborgen hat, um es jetzt, im anscheinend geeigneten Augenblick bekannt zu geben, belästet uns in keiner Weise. Soweit es sich (deutsch gesagt) um „alle Kamellen“ handelt, ist nichts zu erwidern. Das alles ist hinlänglich bekannt, soweit aber Neuigkeiten aufgetischt werden, handelt es sich um größte Unwahrheiten.

An Stelle der Sachlichkeit ist die Dialektik und sind Kniffe getreten. Mit allen Mitteln wird versucht, die deutsche Tendenz zu verwischen, die Forderung nach Ruhe und Frieden. Deutschland hat niemals den Frieden gestört, Deutschland will ihn befestigen. Was es bisher verlangt hat, sind Bausteine zum Frieden. Der Kanzler wird also, wenn er das gesamte Gebiet der Außenpolitik, der Vorgänge in Genf, der deutschen Haltung in der Abrüstungsfrage streift, wenn er sich mit den deutschen Verbänden und dem Streben des neuen Deutschlands beschäftigt, nichts anderes als eine große Friedensrede halten können, eine Rede, die jene Beschwämme muß, die heute schon (z. B.) in Frankreich mit dem Säbel rasseln und die Geschichtsfälschung vor den Augen der Welt treiben. Das Bekenntnis zum Frieden, das aus der deutschen Außenpolitik spricht, kann vom Reichskanzler durchaus logisch und mit Tatsachenmaterial begründet werden. Und wenn nach dieser Rede noch die Abrüstungsgegner den Mut finden, die Welt weiter zu täuschen, dann freilich wird Deutschland zu überlegen haben, wie es sich weiter in Genf zu verhalten hat, wo ja zunächst eine kleine Brücke geschlagen wurde, die aber nicht von Dauer zu sein scheint, über die der Frieden nicht wuchtig genug marschieren kann.

Der bayerische Minister Effer hält am Mittwochabend in Berlin eine programmatische Rede über die Neugestaltung des deutschen Fremdenverkehrs.

Der „militärische“ Charakter der deutschen Schutzpolizei

Berlin, 17. Mai. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen Aufsatz von Polizeimajor Botho Elster, der der deutschen Abordnung für die Abrüstungskonferenz als Mitglied angehört. Elster weist auf das unehrliche Spiel der Siegerstaaten des Weltkrieges unter Vorantritt Frankreichs hin, das darauf hinausgehe, dort den stärksten Rüstungsstand zu behalten und hier Sicherheitslosigkeit und damit politische Ohnmacht zu schaffen. Alles was der Erreichung dieses Zieles dienen könne, werde herangezogen zum Beweis dafür, daß die entwaffneten Mächte noch nicht genügend entwaffnet seien. Die deutsche Polizei werde als eine „weite illegale Armee“ bezeichnet.

In Wirklichkeit werde der „militärische Charakter“ der Schutzpolizei in Deutschland, den das Ausland unterstelle, schon dadurch hinfällig, daß die Polizisten in den einzelnen deutschen Ländern gänzlich ohne einheitliche Führung und Verbindung untereinander seien.

Wenn man diese Dezentralisation beispielsweise mit der Gendarmerie in Frankreich vergleiche, die dem Kriegsminister unterstehe, und in Regimentern, Bataillonen und Kompagnien gegliedert sei, so werde man wissen, auf welcher Seite der „militärische Charakter“ zu finden sei. Zu dreien teilten die Polizeibeamten in den deutschen Ländern sich in einen Karabiner, zu 500 in ein Maschinengewehr, das zudem noch in einem an Landstrassen gebundenen Panzerwagen fest eingebaut sei. Frankreich betreibe mit der dauernden Besatzung von 150 000 Mann Kriegsverwendungsfähiger deutscher Polizei einen böswilligen und absolut unwahren Verleumdungsfall, dem im Interesse unserer berechtigten Sicherheitsforderung nicht scharf genug entgegengetreten werden könne. Der Schutz, den die Polizei im Innern biete, dürfe nicht zerschlagen werden.

Zuspitzung der Lage in Oesterreich

Wien, 17. Mai. Die innerpolitische Stimmung hat sich hier weiter verschärft. Im Zusammenhang mit der rechtskräftig gewordenen Ausweisung des kärntner N.S.-Gauinspektors von Kotzen, eines Reichsdeutschen, behauptet das von den Heimwehren herausgegebene Abendblatt, die Regierung werde nunmehr alle „reichsdeutschen Agitatoren“ ausweisen. Der erste werde der Landesinspektor und Beauftragte Hillers in Oesterreich, der Abg. Theo Habicht, sein. Diese Behauptung, deren Zweck offensichtlich ist, wird von der margitischen Spätabendpresse in größter Aufmachung übernommen.

Von nationalsozialistischer Seite ist eine Strafanzeige gegen Starbemberg und Genossen an das Straßlandesgericht Wien erstattet worden, weil die Heimwehr-Abteilungen, die am Sonntag in Wien aufmarchierten, nicht nur Handfeuerwaffen hatten, deren Besitz an einen Waffenpaß gebunden

ist, sondern auch im Besitz solcher Waffen waren, für die Ausstellung eines Waffenpasses gesetzlich verboten ist. Eine dieser Abteilungen sei mit der Armeepolizei ausgerüstet gewesen. Außerdem hat sich der Wiener Gauleiter der N.S.-D.A.P. durch den N.S.-Juristenbund an den Bundeskanzler gewendet, den er darauf aufmerksam macht, daß gelegentlich der Türkeneinfriedungsfeier der Heimwehren der Reichskanzler Adolf Hitler in einer Art und Weise geschmäht und beschimpft worden sei, die unbedingt das Einschreiten der Behörden zur Folge hätte haben müssen.

Der scharfe Kurs, den die Regierung weiter gegen die Nationalsozialisten hält, ergibt sich ferner daraus, daß innerhalb Wochenfrist 14mal nationalsozialistische Blätter beschlagnahmt wurden und gegen die „Deutschnösterreichische Tageszeitung“, das Hauptorgan der Nationalsozialisten in Oesterreich, die Vorzensur auf unbestimmte Zeit verlängert worden ist.

Statthalter für Hamburg und Lippe ernannt

Berlin, 17. Mai. Der Reichspräsident hat das Mitglied des Reichstages, Karl Kaufmann, zum Reichstatthalter in Hamburg und das Mitglied des Preussischen Landtages, Dr Alfred Wener, zum Reichstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe ernannt.

Kieseneuer in einer amerikanischen Stadt

Bisher 250 Häuser zerstört.

New York, 17. Mai. In New-Auburn im Staate Maine wütet ein Kieseneuer, das bereits 18 Stunden andauert. Das Feuer zerstört bisher 250 Häuser, darunter das gesamte Geschäftsviertel, Läden, Banken und Kirchen. 1500 Menschen sind obdachlos. Glücklicherweise sind keine Toten und Verletzten zu beklagen. Sämtliche Feuerwehren aus einem Umkreis von 50 Meilen bemühen sich, das Feuer zu beseitigen. Die Völkarbeiten werden außerordentlich dadurch erschwert, daß es sich meist um Holzbauten handelt und ein starker Wind die Flammen weitertreibt.

Explosion in einer Kohlenzede

Drei Tote, 17 Verletzte.

London, 17. Mai. Eine schwere Explosion ereignete sich am Dienstag in der Kohlenzede West-Cannock bei Sednesford. Drei Bergleute wurden getötet und 17 mehr oder weniger schwer verletzt. Als sich der Unfall ereignete, waren 100 Bergleute in der Grube beschäftigt.

Sechs Arbeitslose beim Kohlenabbau im Notschacht verchüttet

Kattowitz, 17. Mai. In einem Notschacht auf dem Gelände der Scheller-Hütte in Simianowitz wurden in einem 20 Meter tiefen alten Stollen sechs Arbeitslose beim Kohlenabbau von herabstürzenden Gesteinsmassen verchüttet. Drei von ihnen konnten sich rechtzeitig retten, während die drei anderen Arbeitslosen von den Schuttmassen begraben wurden. Die Grubenrettungskolonnen konnten einen der verchütteten Arbeitslosen als Leiche bergen. Es besteht wenig Hoffnung, die beiden übrigen Verunglückten zu retten.

Strasbourg...

Ein irdischer Milliaroman aus der Vorkriegszeit von Anton Schwab

72) „War ganz vernünftig, daß Sie mir mal geschilbert haben, wie es meinem Neffen geht. Ich bin ja kein Krösus, aber... bischen unter die Arme greifen will ich ihm. Das können Sie ihm dann sagen. Jeden Monat... sagen wir... 150 Mark?“
„Das wäre großartig!“
„Gut! Das werde ich tun! Ich weise meine Bank an, daß sie das Geld regelmäßig schickt.“
Als der Leutnant kam und sein Onkel mit ihm sprach, sagte der nichts davon, beim Gehen sagte er nur: „Lebe denn wohl, lieber Junge! Ich habe deinem Burschen was erzählt, laß dir's von ihm wieder sagen!“
Damit ging er und ließ den erstaunten Leutnant zurück.
„Was hat Ihnen denn mein Onkel gesagt?“
„Daß er Ihnen jetzt monatlich einen Zuschuß von 150 Mark schicken wird!“
„Was?“
„Jawoll! Das tut er! Ich habe mir auch wirklich alle Mühe gegeben.“
„Kilian... was sind Sie für ein Mordskerl... aus meinem vernickelten Onkel was rausgeschlagen... daß Sie das fertiggebracht haben. 150 Mark im Monat... Kilian, jetzt sind wir Krösusse!“
Kilian schmunzelte.

8.

Der Oberst gibt seine große Gesellschaft wie alljährlich gegen Ende Oktober.
Er hat durch Oberleutnant Rocca Spielmann bitten lassen, an diesem Tage das Fest durch seine Gefangenen

trüge zu verschönern. Bedienen soll er nicht, nur gleichzeitig etwas die Aufsicht über das Personal führen.

Spielmann hat selbstverständlich der Bitte — es war kein Befehl, wie Oberleutnant Rocca extra betonte — entsprochen.

Er freute sich darauf, wieder einmal in die klaren Augen Hellas zu sehen. Die ganzen Monate hatte er es vermieden, wo er nur konnte, Hella in den Weg zu laufen, denn er spürte, wie ihn etwas in seinem Herzen immer näher an das Mädchen fesselte. Er ahnte nicht, daß es Hella genau so ging.

Als er ihr gegenüberstand und sah, wie ihre Augen vor Freude aufleuchteten, wie eine leichte Röte der Freude, vielleicht auch der Verlegenheit, ihre Wangen dunkler färbte, da schien es ihm wie ein Geschenk.

„Wir haben uns lange nicht gesehen, Herr Spielmann!“

„Lange nicht, gnädiges Fräulein. Ich freue mich heute sehr, Sie gesund und wohl zu sehen.“

„Ein Jahr Dienst haben Sie nun hinter sich, das zweite Jahr hat schon angefangen. Majestät hat Sie immer noch nicht zurückgefordert und beurlauben lassen?“

„Noch nicht!“

„Hoffen Sie, daß es bald eintritt?“

„Ich weiß nicht, beinahe... wünschte ich es nicht. Ich fühle mich wohl in Strasbourg!“

„Es gefällt Ihnen hier? Ich kann nicht warm in dieser Stadt werden. Mir ist sie fremd. Ich sehne mich immer noch meinem freundlichen Dresden.“

„Es ist dort eine andere Welt! Strasbourg ist eine Soldatenstadt.“

„Und ich bin eine Soldatentochter, wollen Sie sagen, und das wundert Sie, daß ich als Soldatentochter so spreche. Manchmal ist es... sie dämpfte unwillkürlich die Stimme... ist es nicht... gut... die Tochter eines Obersten zu sein!“

Ihre Augen trafen sich und sie erschauerten beide unter dem Blick und senkten den Kopf.

Die Frau Oberst trat ein und damit war das Gespräch beendet.

Sie sprach verschiedenes mit der Köchin, dann verließ sie mit der Tochter die Küche und ging mit dieser auf ihr Zimmer.

„Hella, ich muß mit dir etwas sprechen!“

„Ja, Mama!“

„Oberleutnant Rocca hat um deine Hand gebeten!“

„Oberleutnant Rocca?“ Erschrocken kam es heraus.

„Ja! Papa hat ihm natürlich gesagt, daß er persönlich nichts dagegen einzuwenden hätte, daß aber die Entscheidung bei dir allein liegt!“

„Oberleutnant Rocca... wirbt um mich?“

„Ja! An dir liegt es, ob ihn Papa... ermutigen oder ihm abraten soll!“

„Abraten, Mama!“ sagt Hella fest, ihr Blut fließt rascher, sie muß an Spielmann denken. „Ich schätze Oberleutnant Rocca sehr, aber... ich liebe ihn nicht!“

Frau Marianne sieht die Tochter eine Weile prüfend an, dann nickt sie. „Gut, mein Kind. Wir wollen dich nicht drängen! Aber... um eine Bitte ich dich... um dein Vertrauen! Du bist die ganzen letzten Monate... beinahe das ganze Jahr, so verändert.“

„Aber Mama!“

„Ja, Kind, eine Mutter spürt das! So verändert! Mehr in dich verschlossen, gehst deine eigenen Wege. Früher, da hast du alles, was dir in den Weg kam, nur so herausgesprudelt, alles hast du mir gesagt!“

Hella sieht die Mutter hilflos an.

„Was... soll ich denn sagen, Mama? Mein Leben... das ist so ruhig, so ereignislos vor sich gegangen, da gab's nichts besonderes zu berichten.“

„Auch das Herz nicht, Kind?“ fragt die Mutter gütig. Da senkt sich der braune Kopf des Mädchens, sie verbirgt das Gesicht, denn lodernde Blut läßt es aufflammen.

„Sieh mich doch einmal an, Kind?“ bittet Frau Marianne.

(Fortsetzung folgt.)

Feierliche Eröffnung des Badischen Landtages

Der Sitzungsaal im Vorkriegsschmuck - Ministerialrat Kraft zum Präsidenten gewählt

Karlsruhe, 17. Mai. Reicher Flaggen Schmuck und grüne Tannenzweige am alten Weinbrennerbau beim Friedensplatz kündeten nach außen den Tag der feierlichen Eröffnung des ersten Badischen Landtags unter der nationalen Regierung an. Gottesdienste am Dienstagvormittag nahmen die Abgeordneten zur inneren Sammlung. In der kleinen Kirche versammelten sich die evangelischen Abgeordneten. Pfarrer Mondon sprach über den Palmvers. Das Land zittert und alle die darin wohnen, aber ich halte seine Säulen fest, spricht der Herr. Das Volk bebte, so sagte der Geistliche, unter den Erschütterungen seit 1914, es bebte unter den Parolen: Los von Gott und los von der Kirche, es bebte vor dem drohenden Zusammenbruch. Doch im letzten Augenblick festigte sich das Fundament des Staates wieder, und Kräfte sind an der Arbeit, Recht und Ehrfurcht wieder wachzurufen. Nur mit Gottes Hilfe kann Volk und Land wieder aufgebaut werden. - In der St. Stephanskirche wohnten die katholischen Mitglieder des Landtags und der Regierung einem levitierten Hochamt an, das von Wgr. Prälat Dr. Stumpf geleitet wurde. Der Gottesdienst, dem auch eine Abordnung der Polizei und zahlreiche SA-Mitglieder (wie in der evangelischen Kirche) anwohnten, wurde durch Vorträge des Kirchenchores verschönt.

Kraft eine Stunde vor Beginn der Landtagssitzung waren die Tribünen und Logen von einem erwartungsvollen Publikum, darunter sehr vielen im braunen Ehrenkleid, überfüllt. In einer der vorbehaltenen Logen sah man auch den Vertreter des französischen Konsulats in Karlsruhe. Der Sitzungsaal selbst hat, wie das schon bei der kürzlichlichen Sitzung der Badischen Bauernräte autagete, ein neues Gesicht erhalten oder besser gesagt, das alte Gesicht, wie es uns noch aus den Tagen der Vorkriegszeit in Erinnerung ist. Zu beiden Seiten des Präsidentenstuhls sind die Büsten der früheren regierenden Fürsten des badischen Landes aufgestellt und auf dem dem Präsidentenstuhl überdachenden Baldachin sind die Krone und die Wappentiere der Fürstlichen Regierung, die Greifen, aufgestellt worden, die man aus dem neuen Schloss in Baden-Baden zur Verfügung gestellt bekam. Hinter dem Präsidentenstuhl leuchtet eine große Falkenkreuzfahne, den Präsidentenstuhl selbst schmückt eine Krone in den alten Reichsfarben und ein großer Nesselstrauch. Der ganze Aufbau der Präsidenten- und Regierungssitze war von einem dichten Wald von Lorbeerbäumen umgeben, die Präfikungen der Logen waren mit rotem Samt und Wappen mit überhöhter Krone überhant.

Wenige Minuten nach 1/4 Uhr betraten von der rechten Seite des Saales her als erste die Nationalsozialisten in Uniform das Haus, von den Tribünenbetrachtern lebhaft empfangen. Dann folgten durch die Mittelstiege des Baldachins die Zentrumsabgeordneten und von der linken Seite her die restlichen, nicht in Schutzhaft befindlichen Sozialdemokraten.

Auf der Regierungsbank nahmen die Minister Dr. Bader und Pfanner Platz, während die übrigen Mitglieder der Regierung ihre Abgeordnetensitze einnahmen.

Die neuen Abgeordneten sind mit einer einzigen Ausnahme vollständig erschienen. Nationalsozialisten und mit ihnen die beiden Abgeordneten der Deutschnationalen Front füllen das rechte Halbrund des Saales, das Zentrum nahm den bisher von den liberalen Parteien besetzten Teil ein, während die Sozialdemokraten nur fünf Plätze ihrer bisherigen Abgeordnetenanteile einnahm. Unter den neuen 57 Abgeordneten sind nur 9 wiedergekehrt, die dem alten Landtag anwesend hatten.

Als ältester Abgeordneter führte Abg. Schmidt-Bretten (NS) mit den beiden jüngsten NS-Abgeordneten Schmitt und Kemper das Präsidium bis zu seiner Neuwahl. In seiner Eröffnungsrede erinnerte

Alterspräsident Schmidt

daran daß er beim Zusammentritt des für die politische Entwicklung in Reich und Land bedeutungsvollen und verhängnisvollen Landtags von 1906 der zweitälteste Abgeordnete und heute am Ende dieser Entwicklung der Älteste und Letzte ist. Der Landtag von 1906 war der erste, der vom Großblock beherrscht wurde, jenem Parteienbündnis, das Liberalismus und Marxismus zwecks gegenseitiger Wahlhilfe schloffen. Der Großblock war ein Verbrechen am badischen Volk und ist durch seine Entwicklung ein Verbrechen geworden am gesamten Deutschland. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit fand er eine Umkehr und Erweiterung in der schwarzroten Koalition. Dieses Bündnis hat über uns Elend und Unheil gebracht. Die grausame Verantwortlichkeit der Geschichte läßt sich nicht verdrängen. Die Welt in diesem Hause aus. Naturgemäß wirkten sich die Ereignisse der letzten Wochen auch auf die Zusammenkunft unseres Landtages aus. Von den 88 Abgeordneten ziehen nur 19 wieder ein, und von diesen kann man sagen: nicht alle mögen sich des Eintrags freuen. Die Mehrheit bekennt sich zur vaterländischen Erneuerung.

Das Ehrenkleid der NS beherrscht diesen Saal.

Das Äußere des Saales hat sich entsprechend der großen Umwälzung geändert. Die Wahrzeichen des erwachten Deutschlands stehen, die Büsten der Großherzöge von Baden haben wieder ihre alte Aufstellung gefunden. Damit soll nicht gesagt werden, daß wir an eine Wiederkehr der Monarchie denken. Die Aufstellung ist erfolgt aus der Anerkennung für mancherlei Verdienste dieser Fürsten um ihr Land. Bei aller Anerkennung aber dürfte nicht vergessen werden, ohne den Sturz der Monarchie wäre eine Umgestaltung von Reich und Ländern nicht zu denken gewesen, welche der immer wieder auftauchenden Drohung der Aufrichtung der Mainlinie ein Ende bereitet hat. Vergeblich erübrte man die Einheit des Reiches, die jetzt durch ein kurzes Gesetz geschaffen worden ist.

Im Dritten Reich liegt die Staatsgewalt beim Reich, in den Händen des Reichshaupthalters, die Landesgewalt. Für Baden ist besonders die enge Verbundenheit zwischen dem Volkskanzler und unserem Reichshaupthalter bezeichnend, so daß wir künftig für unsere Wünsche ein offeneres Ohr in Berlin haben werden. Am Schluß seiner Ausführungen brachte der Alterspräsident auf den Träger der badischen Landeshoheit ein dreifaches Sieg-Gelb aus, in das die Abgeordneten und das ganze Haus begeistert einstimmten.

Tagesordnung

eingetreten. Zunächst gab der Alterspräsident die neuen Einladungen bekannt. Die beiden Abgeordneten der Deutschnationalen Front traten mit den NS-Abgeordneten in eine Arbeitsgemeinschaft ein.

Entsprechend einem einstimmig angenommenen Antrag der NSDAP auf Aenderung der Prüfungsbestimmungen der Vollmachten der Abgeordneten, die bisher festlegten, daß diese Vollmachten innerhalb acht Tagen nach dem Zusammentritt des Landtags auf ihre Richtigkeit zu prüfen sind, wurde ein Ausschuss bestimmt, der die Vollmachten sofort einer Prüfung unterzöge, wozu die Sitzung 10 Minuten unterbrochen wurde. Nach Wiederaufnahme der Beratungen berichtete Abg. Kraft (NS) über einen Antrag seiner Fraktion auf Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages. In diesen neuen Bestimmungen hat die Stellung der Regierung zum Landtag eine Aenderung erfahren. Künftig können Mißtrauensanträge nicht mehr gestellt werden. Auch im Verhältnis zwischen Präsidium und Landtag ist das Führerprinzip gewahrt. Die Stellung des Präsidenten ist unabhängiger. Die vom alten Landtag wesentlich verschärften Bestimmungen über den Ausschluß von Abgeordneten sind beibehalten worden. Die Regelung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten wird durch ein besonderes Gesetz erfolgen. Abweichend von den bisherigen Bestimmungen wird das Einsichtsrecht der Abgeordneten in



Der neue Landtagspräsident Herbert Kraft, Ministerialrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts, ist am 30. Mai 1886 in Heidelberg geboren. Er studierte in Marburg, Paris, München und Heidelberg und leste im Jahre 1913 sein Staatsexamen ab. Im Krieg war er drei Jahre lang Kompanieführer an der Westfront, hauptsächlich bei der 8. Komp. des Badischen Infanterie-Regiments 185, wurde dreimal verwundet und trat dann zur Fliegertruppe über, wo er sich als Fliegerbeobachter, Schiffschiffsführer und Adjutant bei einem Armeekorpskommando betätigte. Nach dem Krieg kämpfte er bei einer Fliegerabteilung im Grenzschutz. Da gegen die Bolschewisten und Polen. 1920 wurde er zum Professor an der Oherrealschule in Forstheim ernannt und 1929 nach Mannheim versetzt. In die Partei trat er Anfang 1923 ein und wurde am 9. November 1923 in Forstheim verhaftet. Seit 1929 ist er Landtagsabgeordneter des Badischen Landtags. Das alte System hat ihn von Gericht zu Gericht geschleppt und zweimal vom Amte suspendiert. Die Staatsverwaltung in der Nachkriegszeit ist verzögert oder

Aus Baden und Nachbarstaaten

Forstheim, 17. Mai. (Unterschlagung am SPD-Vermögen.) Zwei Personen aus Wilsberg wurden in Schutzhaft genommen und zur Anzeigebrought, weil sie das Vertriebsvermögen der SPD in Höhe von 111,32 Mark unterschlugen und unter sich verteilt haben.

Forstheim bei Emmendingen, 17. Mai. (Politische Schlägerei.) Am Freitag gerieten hier der ledige SA-Mann Jof. Diehl und der Lokomotivführer a. D. Theodor Eckert in einen politischen Meinungswechsel in dessen Verlauf Eckert den Diehl mit einem Eisen ein Loch in den Kopf schlug. Außerdem machte Eckert verächtliche Bemerkungen über den Reichskanzler Adolf Hitler, weshalb er in Haft genommen wurde.

Wer sein Kind liebt, gibt ihm Kathreiner mit Milch!

Forstheim, 16. Mai. (Eingemeindung.) Aufgrund eines Beschlusses des badischen Staatsministeriums in der schon lange erwoagene Plan einer Zusammenlegung der Gemeinde Dinglingen, Mietersheim und Langenwinkel mit Forst verwirklicht worden. Die neue Gemeinde Forst erhält damit einen Zuwachs von rund 4000 Einwohnern und wird jetzt über 20 000 Einwohner zählen. Makabend für diesen Beschluß des Staatsministeriums waren in erster Linie die Notwendigkeit einer Vereinfachung der Verwaltung und die Schaffung von neuem Siedlungsgebiet für Forst.

Freiburg, 16. Mai. (Selbstmord.) Ein in einer hiesigen Anstalt untergebrachter Pflanzling von auswärtig hat sich anscheinend infolge Lebensüberdrußes erhängt.

unmöglich gemacht wird." Wegen der Verweigerung der Aemterentscheidung steht ein genau umrissenes Einspruchsrecht zu. Der Antrag fand gleichfalls einstimmige Annahme.

Bei der nun folgenden Wahl des Präsidiums wurden gewählt:

- Präsident des Landtages: Abg. Kraft (NS)
- 1. Vizepräsident: Abg. Seubert (Ztr.)
- 2. Vizepräsident: Abg. Schmidt-Bretten (NS)
- 3. Vizepräsident: Abg. Brähler (Dntl.)

Nach Einnahme des Präsidentensitzes führte

Präsident Kraft

etwa folgendes aus: Abgeordnete des Landtags! Zunächst möchte ich dem Alterspräsidenten für seine vorbildliche Amtsführung den Dank aussprechen. Persönlich danke ich Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl entgegengebracht haben. Meine Tätigkeit möchte ich beginnen mit Dankesworten an alle diejenigen meiner Kameraden, mit denen ich in den letzten vier Jahren arbeitete und kämpfte. Als fanatischer Anhänger von Wahrheit und Recht wird es meine heilige Pflicht sein nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit zu handeln. Dabei will ich die Beispiele verweisen, die uns hier gegeben worden sind. Die politische Lage wird sich in der Struktur und im Geist des neuen Landtags auswirken. Das vorherrschende Führerprinzip verlangt größere Straffheit und Disziplin zwischen Regierung und Landtag und Präsidium und Landtag. Eine größere Macht ist dem Präsidium in die Hand gelegt, um das geistige Niveau des Landtags, das in den letzten Jahren erschreckend tief gesunken war, wieder zu heben. Bravo auf der rechten Seite! In Zukunft dürfen sich keine solchen unwürdigen Szenen mehr abspielen, wie wir sie in der Vergangenheit infolge der Vergewaltigung einer kleinen Minderheit erleben mußten. Um keine Mißhandlung aufkommen zu lassen, möchte ich besonders betonen, daß diese meine Worte sich in keiner Weise gegen meinen Amtsvorgänger zu richten. Die Nationalsozialisten haben Herrn Tuffner als einen gerechten und vornehm denkenden Mann kennen und schätzen gelernt. Wir bedauern außerordentlich, daß es diesem von bestem nationalem Geist erfüllten Frontsoldaten nicht mehr möglich ist, am Wiederaufbau sich aktiv zu beteiligen. Ich glaube, im Namen aller zu sprechen, wenn ich dem schiedenden Präsidenten Tuffner einen recht glücklichen Lebensabend wünsche. Möge es ihm verdammt sein, die vollständige Befreiung Deutschlands von allen Ketten noch zu erleben.

Mit allen Kräften mitarbeiten soll die höchste Aufgabe der badischen Volksvertretung sein. In diesem Sinne lasse ich mein Amt auf.

Darauf wurden die Schriftführer bestimmt und die verschiedenen Ausschüsse gebildet, die unmittelbar an die Plenarsitzung zusammenzutreten.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und Präsident Kraft schloß die Sitzung mit einem vom ganzen Hause begeistert aufgenommenen dreifachen Sieg-Gelb auf Volk, Vaterland und Adolf Hitler. - Schluß 4.45 Uhr.

Staatsform u. Staatsgewalt, Kirche, Schulwesen und Selbstverwaltung der Gemeinden bleiben unangefastet

Nach der feierlichen Landtagseröffnung am Dienstag, den 16. Mai, - die Sitzung am Dienstag, den 16. Mai, hatte nur geschäftsmäßigen Charakter - wird der Landtag das Ermächtigungsgesetz verabschiedet, das sich in seinen Hauptzügen noch an das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung anschließt. In dem Gesetz wird der Regierung die Möglichkeit gegeben, bei Ausübung ihres Gesetzgebungsrechtes auf Grund des vorl. Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich von den Bestimmungen der badischen Verfassung auch zu anderen Zwecken als zur Neuordnung der Verwaltung und zur Neuregelung der Zuständigkeiten abzuweichen.

Diejenigen Bestimmungen der badischen Verfassung, soweit sie die Einrichtung des Landtages als solchen, die Staatsform, die Ausübung der Staatsgewalt das Verhältnis des Staates zur Kirche das Schulwesen die Selbstverwaltung der Gemeinden, das Volkswortschlagsrecht und die Volksabstimmung betreffen dürfen mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes nicht verändert werden.

Das badische Ermächtigungsgesetz tritt sofort bei seiner amtlichen Verkündung in Kraft und endet am 1. April 1937.

Stilsee, 16. Mai. Wie verlautet, soll der elektrische Betrieb auf der Hüllentalbahn und der Dreifachbahn voraussichtlich im Herbst nächsten Jahres aufgenommen werden. Ob der vorgesehene Termin eingehalten werden kann, bleibt abzuwarten. Mit den Vorarbeiten ist bereits begonnen worden.

Wett. a. Rh., 17. Mai. (Kaltes Bad.) Ein 18jähriger junger Mann sollte von einem Zollbeamten kontrolliert werden. Anscheinend war nicht alles in Ordnung, denn er stürzte und sprang in die kalten Fluten der Wiese. Dabei erlitt der junge Mann einen kleinen Schlaganfall. Er konnte von Passanten geborgen werden.

Reiserstautern, 17. Mai. (Am Bräutigamsländer erhängt aufgefunden.) Am Dienstag früh kurz vor sechs Uhr wurde ein etwa 20 Jahre alter unbekannter Mann am Geländer der bei der Reiserstautern zwischen Reiserstautern-West und Lampertmühle über die Laute: führenden Brücke erhängt aufgefunden. Ob Selbstmord oder Mord vorliegt, steht noch nicht fest. Die Untersuchung des Falles, zu der auch Gerichtschemiker Prof. Dr. Popp-Frankfurt a. M. hinzugezogen wurde, ist zur Zeit noch im Gange. Nach einer bis jetzt noch unbefähigten Mitteilung soll es sich bei dem Toten um einen SA-Mann handeln.

Korruption im Krankentassenwesen

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Seitens des kommissarischen Leiters des Landesverbandes Baden des Reichverbandes der Ortskrankentassen Korvettenkapitän a. D. Eudikus Gläffler, Mannheim erhalten wir folgende Mitteilung:

Die bisherigen Nachprüfungen beim Landesverband Baden haben ergeben, daß in verschiedenen Fällen in ganz unverantwortlicher Weise die Ausschüsse einzelner Ortskrankentassen sowie die Aufsichtsbehörden dadurch falsch unterrichtet wurden, daß über ein und dasselbe Krankentassenmitglied zwei verschiedene Revisionsberichte und zwar anscheinend die zweite Ausfertigung jeweils auf Reklamationen und persönliche Vorstellungen durch sozialistische Vorstehende angefertigt wurden. Aus aufgefundenen Briefwechsel konnte entnommen werden, daß der rühmliche Geschäftsführer des Landesverbandes Baden Herr Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Graf direkt das Angebot machte zur Vorlage an die Aufsichtsbehörde besonders Berichte auf Wunsch anzufertigen.

Die erforderlichen Schritte gegen den bisherigen Geschäftsführer Graf und den Landesführer Mundram sind in die Wege geleitet.

Aus Ettligen-Stadt und Land

Von den Ettliger Volksschulen

Das weitere Ansteigen der Schülerzahl in beiden hiesigen Volksschulen veranlaßte das Ministerium des Kultus und Unterrichts, eine weitere, die 24. Lehrerstelle, zu errichten. Außerdem wurden drei, aus hiesigen Familien stammende Schulamtsbewerberinnen den Volksschulen hier als ständige Hilfskräfte zugewiesen. Wir freuen uns darüber, denn nur dadurch ist es möglich, die einzelnen Klassen mit nicht über 50 Schülern besetzen zu müssen. Dadurch wurde für die Schularbeit ein günstigerer Boden geschaffen, der den einzelnen Schülern wieder zum Vorteil dient.

Die Knabenschule zählt heute 661 Schüler in 18 Klassen. Die Schuljahre I und IV werden in 3 Parallelklassen, die anderen Schuljahre in jeweils 2 Parallelklassen geführt. Herr Lehrer Beschinger, welcher seit 1 Jahr an der Mädchenschule tätig war, wurde ab 15. Mai wieder der Knabenschule zugeteilt. Er hat heute seinen Dienst in Klasse IV übernommen.

Fräulein Rutschmann bleibt als Praktikantin an der Knabenschule, während Fräulein Leibold und Fräulein Fetterich erbielt auf ihren Wunsch einen einjährigen Erholungsurlaub zugewilligt. Die neu errichtete, außerplanmäßige Lehrerstelle erhielt Lehrerin Fräulein Hill aus Karlsruhe. Sie war bisher in Weingarten tätig. Wir hoffen, daß damit für das laufende Schuljahr 1933/34 Ruhe und Stetigkeit eintritt. Nichts schadet im Schulbetrieb mehr, als der öftere Lehrerwechsel in einer Klasse.

Ausschmückung der Dienstgebäude

Berlin, 17. Mai. Der Reichsinnenminister hat in einem Rundschreiben an die Reichsbehörden angeordnet, daß — entsprechend der grundlegenden Wandlung, die in der Wertung der mit dem 9. November 1918 eingetretenen Entwicklung durch den Sieg der nationalen Erhebung herbeigeführt worden ist — die Ausschmückung der Dienstgebäude mit Bildern und Wäfen einer Revision unterzogen wird. Abbildungen usw. von Persönlichkeiten, die an dem Novembertag 1918 beteiligt waren, sollen nicht länger in Dienstgebäuden aufbewahrt werden in denen nunmehr ein anderer Geist als der des November 1918 herrschen soll.

Gestürzt. Gestern nachmittag ist in der Karlsruher Straße bei der Hildastraße ein Arbeitsinvalid infolge Unwohlseins gestürzt. Er hat sich dabei am Kopfe eine heftig blutende Wunde zugezogen. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Der Verletzte wurde mit dem inzwischen herbeigeeilten Sanitätsauto nach seiner Wohnung verbracht.

Ernennungen im Bereiche des Unterrichtsministeriums. Ernannt wurden die Studienräte Hermann Härter an der Gewerbeschule in Bruchsal und Paul Meurer an der Gewerbeschule in Billingen zum Direktor dieser Schulen. Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung der Gesundheit wurde Direktor Karl Eidel in Offenburg und auf Ansuchen Direktor Dr. Georg Stude an der Oberrealschule in Raftatt.

Organisationsumbau des Volksdienstes. Der Landesvorstand des Evangelischen Volksdienstes stellte in seinen Beratungen fest, daß die Organisationsform der politischen Partei ihre Berechtigung verloren hat. Die Volksdienstbewegung, welche ihre Aufgabe von jeher im Dienste am Volk ohne besondere Betonung des Parteicharakters gesehen hat, begründete die Entwicklung vom Parteistaat weg zum Volks- und Ständestaat hin. Der badische Landesvorstand bittet daher die Reichsleitung des Volksdienstes, alle Maßnahmen zu treffen, welche notwendig sind, den parteipolitischen Charakter ganz abzutreiben. Der badische Volksdienst werde als evangelische Gefinnungsgemeinschaft für das Ziel einer einheitlichen Volksgemeinschaft unter der Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler aus der Dienstpflicht evangelischer Glaubenskraft arbeiten.

Schweinemarkt in Ettligen am 17. Mai. Zufahren wurden 55 Ferkel und 88 Läufer. Verkauft wurden 55 Ferkel und 63 Läufer. Preis für Ferkel RM. 32.— bis 39.— und für Läufer RM. 38.— bis 46.—, jeweils das Paar. Nächster Schweinemarkt am 24. Mai, vormittags 7 Uhr.

Konjunktur in Deutschenehe

55. Saarbrücken, 3. Mai. (Sonderbericht) Antideutsche Propagandastellen, wie wir solche besonders während des Krieges während der Separatistenzeit und der Ruhrbesetzung hinreichend kennen lernten, nehmen jetzt kurzem vor allem in Frankreich, wieder überhand. Aus Paris wird augenblicklich an zahlreiche deutsche Zeitungs-Redaktionen im Reich eine sogenannte „Deutsche antisfaschistische Korrespondenz“ verschickt, die den bezeichnenden Untertitel „Deutsche Zustände“ führt. Kennzeichnend ist das mehr als schlechte Deutsch dieser Korrespondenz. Hauptwörter sind klein, Eigenschaftswörter groß geschrieben. Schon daraus kann man schließen, wessen Geistes Kind die Urheber sind. In dem Pamphlet wird u. a. behauptet, daß Hitler „zehntausende bestialisch foltern und abschlachten“ lasse! Diese eine Kostprobe genügt wohl, um das unverkämte Lügenprodukt antideutscher Propaganda zu kennzeichnen. Bei den Machern dieser Korrespondenz scheint es sich immerhin um keine Meister der Propaganda zu handeln. Sonst würden sie solche erbärmlichen Nachwerk nicht ausgerechnet deutschen Schriftleitungen zufenden. Sie dürfen sich doch sagen, daß man dergleichen nur mit der Zange anfaßt, um es in die Tiefe des Papierkorbes zu versenken.

Jüdische Kreise verkaufen zurzeit in Frankreich, vor allem aber in elsaß-lothringischen Städten ein Schmutzblättchen, das den pompösen Titel trägt „Die Aktion, Organ für die Verteidigung der deutschen Flüchtlinge und zum Kampf gegen den Hitler-Faschismus“. Das achtfertige Blättchen ist ebenfalls in einem miserablen Deutsch geschrieben und kostet 50 Centimes. Als Druckort wird Paris angegeben. Es enthält wüste Beschimpfungen gegen die nationale Regierung, ruft zum Boykott gegen alle deutschen Waren aus und enthält auch einen Briefkasten, in welchem angeblich „aus Deutschland geflüchtete Juden, völlig mittellos und ohne Kleider“ um Hilfe rufen. Das anonym aufgelegene Schmutzblatt stellt ein Produkt schlimmster Grenzpropaganda dar und soll sich offenbar an die deutschsprechenden Kreise in Innerfrankreich und besonders in Elsaß-Lothringen wenden. Ohne Zweifel werden auch dahinter geschäftete Gruppen deutscher Abstammung, die gegen entsprechende Bezahlung durch französische Kreise ihre Feder — sie ist danach! — der antideutschen Propaganda zur Verfügung stellen. Das ganze scheint darauf hinauszulaufen, einen großzügigen Bettel für „Emigranten“ zu inszenieren.

Öffentliche Ueberführung des ehemaligen badischen Staatspräsidenten Kemmele

Karlsruhe, 17. Mai. Gestern vormittag elf Uhr wurde der ehemalige badische Staatspräsident und Minister Dr. h. c. Adam Kemmele, zuletzt Präsident der Deutschen Konsum-Großverkaufsgesellschaft in Hamburg vor wenigen Tagen von dort auf Erlauchen der Regierung eingeliefert, ferner der von Kemmele in das Justizministerium als sein Sekretär gesetzte Regierungsrat Siens, der frühere badische Staatsrat und Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Marum, der Redakteur an dem sozialdemokratischen Karlsruher „Volkstfreund“, Grünebaum, Polizeikommissar a. D. Gurrer, ferner der ehemalige Führer des Reichsbanners, Sammet, und der Führer der Eisernen Front, Heller, von dem im westlichen Stadtteil gelegenen Gefängnis durch eine Reihe von Straken im offenen Polizeikraftwagen (Ueberfallwagen) nach dem Polizeipräsidium überführt, von wo sie dann nach der Strafanstalt Kislau, dem jetzigen Konzentrationslager verbracht wurden.

Vor dem Gefängnis hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt, die die von der Art der Ueberführung völlig überraschten Verhafteten bei ihrem Erscheinen mit schrillen Pfeifen, Pflui- und Niderrufen empfingen. Vor dem ersten Polizeikraftwagen, auf dem die Verhafteten unter harter polizeilicher Bedeckung entblößen Hauptes saßen, schritt eine zweireihige SS-Kolonnie unter Befehl zur Freimachung der Straken. Hinter dem ersten Polizeiwagen folgte ein zweiter mit SA besetzt, außerdem war der Zug zu beiden Seiten und am Schluss von zahlreichen SA-Posten flankiert, die das Publikum von der Fahrbahn auf den Gehweg zurückdrängten. Auf dem ersten Sitz des Polizeiwagens saßen Kemmele und Grünebaum. Es folgten die anderen und auf dem letzten Sitz, Rücken gegen Rücken, das Gesicht auf die Fahrbahn gewendet, allein zwischen zwei

Polizeibeamten Marum. Die Polizeiwagen fuhren langsam im Schritt durch eine dichte, oft achtgegliederte Menschenmenge. Ununterbrochen auf dem ganzen Wege erkante Pfeifen Pflui- und „Arbeiterverräter“-Rufe, auch wurde überall das Märlertied gesungen teilweise auch von aufgeschellten Kapellen gespielt. Eine Anspielung auf Kemmele, der früher Märlertied war und bekanntlich während seiner Ministerzeit in Baden das Singen des Märlertiedes mit Strafe belegte. Der Zug ging u. a. am Landtagsgebäude, am Staatsministerium und am ehemaligen Metallarbeitergewerkschaftshaus vorbei, wo jedesmal kurz Halt gemacht wurde. Von dem Andrang des Publikums kann man sich ein Bild machen, wenn man erfährt daß der gesamte Straßenbahn- und Autoverkehr während der Zeit der Durchfahrt vollkommen lahmgelegt war und ein Dutzend Polizeibeamten aufgebunden werden mußte, um die Straken einigermaßen freizubehalten. Unterwegs wurden vertriebene Rotfront-Krüger auf der Stelle verhaftet und auf den Polizeiwagen mittransportiert.

Handels-Nachrichten

Schwelinger Spargelmarkt. Zufuhr: 23-25 Zentner. Preise: 1. Sorte 35-40 Pfg., 2. Sorte 20-25 Pfg., 3. Sorte 15 Pfg. Marktverlauf lebhaft.

Biehmärkte

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 16. Mai. Auftrieb: 81 Ochsen, 100 Bullen, 310 Kühe, 223 Färren, 805 Kälber, 17 Schafe, 1919 Schweine, 4 Fiegen. Preise pro 50 kg Lebendgewicht: Ochsen: 29-31 24-27, 26-28; Bullen: 25 bis 28, 23-25, 20-22; Kühe: 22-24, 18-22, 14-18, 11-13; Färren: 30-32, 25-28, 24-26; Kälber: —, 38-40, 36-38, 32-35, 28-32; Schafe: —, —, 20-27; Schweine: —, 32 bis 40, 38-40, 34-37. Marktverlauf: Großvieh mittel, geräumt, Kälber rubig, Ueberhand, Schweine mittel, geräumt.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 16. Mai. Angebot: 22 Ochsen, 48 Bullen, 99 Kühe, 140 Färren, 270 Kälber, 888 Schweine. Preise pro 50 kg Lebendgewicht: Ochsen: 27-31, 25-27, 24-26, 22-24, 20-22, 19-20; Bullen: 26-27, 21-22, 20-21, 17-20; Kühe: 20-22, 16-20, 11-16; Färren: 27-33, 19-25; Kälber: 46-48, 43-46, 39-43, 27-32; Schweine: 39-41, 38-41, 35-39, 33-35, 25-29. Marktverlauf: Großvieh langsam, geringer Ueberhand, Kälber und Schweine langsam, geräumt.

Letzte Nachrichten

Zwischenlandung des Graf Zeppelin in Sevilla

Friedrichshafen, 17. Mai. Beim Luftschiffbau steigt folgender Funkpruch von Bord des „Graf Zeppelin“ vor: „23 Uhr glatt in Sevilla gelandet und wieder weiter gefahren. Graf Zeppelin.“

Wetterbericht

Aussichten für Donnerstag: Tagsüber weitere Wärmegewinnung und im ganzen freundl., doch Neigung zu gemäßigten Niederschlägen wieder zuzunehmen.

Südfunk

Donnerstag, 18. Mai	15.00 Engl. Sprachunterricht
6.00 Zeit. Wetter, Gymnastik	15.30 Stunde der Jugend
6.30 Frankfurt: Gymnastik	16.30 SA-Standartenkapelle 98
7.00 Zeit. Nachrichten, Wetter	17.50 Zeit. Wetter, Landwirtschaft
7.10-8.15 Schallplattenkonzert	18.00 Vortrag: „Familie — Volk — Staat“
10.00 Nachrichten	
10.10 Haydn: Symphonie Nr. 4	18.25 Vortrag: „Die Wandnahme der Alemannen“
in D-Dur, Schallplatten	
10.40-11.10 Pieder v. Schubert	15.50 Zeit. Nachrichten
12.00 Aus Wiener Operetten	19.00 Stunde der Nation
13.15 Zeit. Nachrichten, Wetter	20.00 Orchesterkonzert
13.30 Schallplattenkonzert	21.15 „Deutsche in aller Welt“
14.00-14.30 Funkwerbungsstanz	22.00 Zeit. Nachrichten, Wetter
14.30 Span. Sprachunterricht	22.20-22.50 Klavierkonzert

Ihre Vermählung zeigen an:

Hermann Bähr	Wilhelm Maushardt
Irma Bähr	Luzia Maushardt
geb. Welker	geb. Welker
Berlin-Pankow	Rittersbach-Kappelwindeck

Ettligen, 18. Mai 1933

Hochzeitsamt: Donnerstag 1411 Uhr, in der Herz-Jesu-Kirche

Ihre Vermählung zeigen an:

Meinrad Müller
und Frau Martha
geb. Hotz

Ettligenweiler, 17. Mai 1933

DRUCK-ARBEITEN

werden rasch und preiswert angefertigt

DRUCKEREI
RICH. BARTH, ETTLINGEN

Warnung!

Warne hiermit jedermann, falsche Gerüchte über Geiger-Virgin zu machen, da ich gegen Unwahrheiten unnahe-sichtlich gerichtlich vorgehe.

Rudolf Geiger.

Für die
Bürgermeisterämter
Prozeß-Tabellen
Mahn-Tabellen
Arrest-Tabellen

Buch- u. Steindruckerei
R. Barth

NATURHEILVEREIN
Ettligen.

Morgen Donnerstag, abends 8.15 Uhr, findet im „Sternen“ eine wichtige

Mitglieder-Versammlung mit Vortrag

statt. Am Sonntag machen wir unsern Familienausflug nach Busenbach und beteiligen uns an der Feier des 20jährigen Stiftungsfestes des dortigen Kneippvereins. Treffpunkt und Abmarsch um 1 Uhr vom „Stern“. Wir erwarten bei beiden Veranstaltungen rege Beteiligung. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Der Raub der Mona Lisa

endlich aufgeklärt!

Lesen Sie darüber den interessanten Tatsachen-Bericht in der Münchner Illustrierten Nr. 20. (Soeben erschienen)

Vertrauen und Zuversicht

gehören heute zu den wichtigsten Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Der unerschütterliche Glaube ist die Grundlage, auf der sich diese Aufbauarbeit sicher vollziehen wird.

Jahre hindurch beherrschten Mißtrauen und Pessimismus das Denken unzähliger Tausender. Jahre hindurch wurden aus mangelndem Vertrauen und Unentschlossenheit zahllose Einkäufe zurückgestellt, obwohl oft noch das Geld dazu übrig gewesen wäre. Immer stärker wurde dadurch das Wirtschaftsleben gedrosselt.

Heute aber, da mit einer zielbewußten und kraftvollen Aufbauarbeit begonnen worden ist, muß auch das Vertrauen wiederkehren. Auch wir — als die wichtigsten Mittler zwischen Angebot und Nachfrage, zwischen Verkäufer und Käufer — fordern deshalb unsere Leser auf: Haben Sie Vertrauen zur Gegenwart und glauben Sie an die Zukunft! Schieben Sie die Hemmungen beiseite, die heute vielleicht noch manchem Kaufentschluß im Wege stehen, dann werden auch Sie mithelfen, die hinter uns liegenden schweren Jahre bald ganz zu überwinden.

Anzeigenabteilung
des Mittelbadischen Kuriers